Halle, Freitag, den 3. Februar 1922

Nummer 55 ✦ 56. Jahrgang

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Saale-Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal und zwar als Frühblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 10.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. 8.75 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 1.00, im auswärtigen Verkehr M. 1.20. Reklamen die Millimeter-Zeile M. 4.00 im Ortsverkehr und M. 5.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Vier Uhr nachmittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Baubaustraße 17. Fernsprecher-Hauszentrale: Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Banthaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Ausbreitung des Streiks.

Hervorstechende Beteiligung der Lokomotivführer. — Empfindliche Verkehrsstörungen. — Die Regierung vertraut auf das Einsetzen der Nothilfe. — Der Minister kündigt ein scharfes kurzfristiges Streikultimatum an.

Ganz so glatt, wie sich die offiziellen Stellen das gedacht haben, hat sich der Eisenbahnverkehr seit dem Streikbeginn doch nicht abgewickelt. Die Regierung, insonderheit die einzelnen Verwaltungen, haben zwar versichert, ihre Vorbereitungen seien derart, daß ernstere Störungen vermieden würden. Tatsächlich aber stört der Streik den Verkehr recht empfindlich. Eine ganze Anzahl Bahnstrecken liegen still. Einzelne Bahnhöfe sind verödet und für den öffentlichen Verkehr gesperrt, weil keine Züge abgelassen werden können. Allerdings versichern die Verwaltungen aufs Neue, daß die Beseitigung der ärgsten Störungen nur eine Frage weniger Stunden sei. Am heutigen Freitag werde man soweit sein daß ein Notverkehr auf allen wesentlichen Strecken mit den Ersatzkräften und den Arbeitswilligen sich durchführen läßt.

Das Publikum nimmt nach wie vor scharfe Stellung gegen den Eisenbahnerstreik. Die Beamten wiederum verweisen auf ihre Notlage, zumal die Lokomotivführer betonen immer wieder, sie hätten es an Versuchen und Bemühungen monatelang nicht fehlen lassen, mit der Regierung zu einer vernünftigen Regelung ihrer Bezüge zu kommen. Aber das Publikum ist in der Beziehung wenig zu überzeugen. Es steht auf dem Standpunkt, daß der Staatsbeamte zum Staat und zur Allgemeinheit eine andere Stellung einnimmt, als der Arbeiter eines Privatbetriebes, daß der Beamte, wenn er dieses höhere Maß von Pflichten für sich nicht anerkennen will, dann auch nicht die Vorrechte seines Standes in Anspruch nehmen darf, als da sind Unkündbarkeit seiner Stellung, Pensionsberechtigung für sich und seine Hinterbliebenen.

Immer deutlicher zeichnet sich dts Bild ab, daß die Lokomotivführer es sind, die in der vordersten Reihe der Streikenden stehen. Sie sind am stärksten an der Ausstandsbewegung beteiligt, und das verleiht der Sache doch eine besonders ernste Bedeutung, schon insofern, als es sich dabei um technisch vorgebildete Beamte handelt, die in größeren Maßen nicht leicht oder überhaupt nicht zu ersetzen sind.

Die Regierung erklärt aufs Neue, daß sie nicht nachzugeben gewillt ist, denn hier handelt es sich um eine Frage der Staatsautorität, um ein Problem, das mit dem Geschick unseres Vaterlandes, mit den Grundlagen seiner Wirtschaft unlöslich zusammenhängt. Aus solchen Erwägungen heraus kündigt die Regierung für Freitag verschärfte Strafmaßnahmen an. Sie stellt den streikenden Beamten ein ganz kurzfristiges Ultimatum und droht fristlose Entlassung an. Die Streikführer, die den Ausstand weiter auszudehnen geeignet seien, sollen verhaftet, alle Streikunterstützungen konfisziert werden.

Sabotageakte sind — das ist eigentlich bei den Beamten eine Selbstverständlichkeit — bisher nicht vorgekommen. Die Polizei hat nirgends Veranlassung gehabt, vorzugehen. Nur in Eisenach, das sich ja immer durch etwas Besonderes auszeichnen muß, haben Eisenbahnarbeiter einen D-Zug zum Halten und die Fahrgäste zum Aussteigen gezwungen.

Die Meldungen, die bis 12 Uhr Mitternacht uns vorlagen, lassen hoffen, daß am Freitag eine wenn auch geringe Verbesserung der Verkehrslage eintreten wird.

Ueber alle wesentlichen Mitteilungen schließen wir hier eine Uebersicht an:

Das Lokomotivpersonal an der Spitze.

Streikunterstützungen der Justiz- und Postbeamten.

Berlin, 2. Februar. (Telegramm.) Der Streik der Eisenbahnbeamten ist zu einem Streik des Lokomotivpersonals geworden. Die übrigen Eisenbahnbeamtenkategorien halten sich vom Streik zum größten Teil fern. Das Zugbegleitungspersonal ist nur zum Teil auf den Bahnhöfen nicht erschienen. Das Betriebspersonal ist zum Dienst vollständig angetreten. Gestreikt wird vor allem in Norddeutschland. In Baden, Württemberg und Bayern, im Rheinland und in Oberschlesien wird der Verkehr in vollem Umfange aufrecht erhalten. Aber auch in Norddeutschland gibt es bestimmte Direktionsbezirke, in denen der Streik nicht ganz zur Durchführung gekommen ist. Im Reichsverkehrsministerium rechnet man mit Bestimmtheit damit, daß es spätestens am Freitag gelingen wird, einen Notverkehr einzurichten, so daß die lebenswichtigen Betriebe wieder aufgenommen werden können. Zu diesem Zweck ist in allen Eisenbahndirektionsbezirken, wo gestreikt wird, die Technische Nothilfe aufgerufen worden. Der Vorstand des Verbandes der Postbeamten hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, in der darüber Beschluß gefaßt werden sollte, ob sich der Verband der Post- und Telegraphenbeamten dem Streik des Lokomotivführerpersonals anschließen solle oder nicht. Ein endgültiger Beschluß ist bis jetzt nicht getroffen. Der Verband der Justizbeamten unterstützt den Streik der Eisenbahnbeamten durch einen täglichen Zuschuß von 15 000 Mark, der zur Auszahlung an die Streikenden bestimmt ist. Der Verband der Post- und Telegraphenbeamten hat der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten einen täglichen Streikgelderzuschuß von 50 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Die Streiklage in Preußen.

Sabotageakte.

Ueber die Streiklage bei den Direktionen im Bereich der Zweigstelle Preußen des Reichsverkehrsministeriums wird amtlich gemeldet:

Das Lokomotivpersonal ist fast überall geschlossen in den Streik getreten. Das Zugpersonal nur zum Teil, während das Betriebspersonal fast völlig zum Dienst erscheint. Sabotageakte an Maschinen wurden angerichtet in Frankfurt a. d. O., wo an mehreren Lokomotiven die Roste herausgerissen wurden.

Stillegung des Berliner Verkehrs.

Berlin, 2. Februar 1922.

Der Eisenbahnerstreik hat in Berlin heute nacht vollständig eingesetzt. Der Stadt- und Ringverkehr ist gänzlich eingestellt. Im Vorortverkehr verkehren in den Morgenstunden nur ganz wenig Züge auf der Wannseebahn. Fernzüge konnten nur vereinzelt abgelassen werden. Die weitere Gestaltung der Lage läßt sich erst übersehen, wenn die Abwehrmaßnahmen, namentlich die Einsetzung der Technischen Nothilfe, die am Vormittag erfolgte, in Wirksamkeit tritt.

*

Die Zugänge zum Hauptbahnhof Dresden sind seit gestern morgen geschlossen. Nach 12 Uhr nachts traten bereits Verkehrsstörungen ein.

In den Münchener Werkstätten traten das Heizer- und Lokomotivführerpersonal in den Ausstand. Es teilt mit, daß Arbeitswillige nicht gestört werden sollen. Die Streikenden wollen sich zunächst in der Nähe der Arbeitsstellen aufhalten und weitere Verfügungen abwarten. Aus Lichtenfels und Würzburg sind Nachrichten eingelaufen, daß dort keine Güterzüge mehr angenommen werden.

Wie das Görlitzer Betriebsamt mitteilt, wird auf den preußischen Linien nur noch ein notdürftiger Zugverkehr aufrecht erhalten. Auf den sächsischen Linien verkehren die Züge von hier noch bis Zittau, während die Strecke Görlitz—Dresden stillsteht.

Die Eisenbahndirektion Hamburg teilt mit, daß sämtliche Züge mit Ausnahme der Lübecker Eisenbahn verkehren.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Stettin ist der Zugverkehr in mäßigem Umfang aufrechterhalten worden. Es wurden einige Züge nach Berlin durchgeführt. Auch die lebenswichtigen Transporte konnten bis jetzt abgefertigt werden.

Wie der „Gesellige" in Schneidemühl mitteilt, sind fast alle von Berlin kommenden Züge dort liegen geblieben. Der Verkehr durch den Korridor ist unterbunden.

Der Personen- und Güterverkehr in Plauen ist bis gestern mittag normal gewesen. Die Züge sind mit kleiner Verspätung dort abgegangen. Alles Personal ist zum Dienst erschienen. Auch Reichenbach und Adorf hatten sich bisher dem Streik nicht angeschlossen.

Die in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten organisierten Beamten in Breslau legten am Donnerstag die Arbeit nieder. Die Bahnhöfe wurden durch Schupo besetzt.

Der Streikparole in Breslau wurde nur von den Lokomotivführern Folge geleistet. Der Zugverkehr wurde nach allen Richtungen hin aufrecht erhalten.

Seit gestern Mitternacht ist der gesamte Eisenbahnverkehr in Osnabrück eingestellt worden.

Wie die Eisenbahndirektion Hannover mitteilt, erschienen in der Hauptsache nur die Lokomotivführer nicht zum Dienst. Die Züge werden nur so weit gefahren, wie es der Direktion möglich ist, die streikenden Führer zu ersetzen. Fernzüge laufen nur spärlich ein. In Braunschweig ruht der Zugverkehr fast ganz.

Vor neuen scharfen Zwangsmaßnahmen.

Berlin, 2. Februar. (Telegramm.) Wie wir hören, wird im Laufe des Freitag nachmittags eine neue Verfügung des Reichsverkehrsministers erscheinen, in der die Streikenden unter Androhung der fristlosen Entlassung zur Aufnahme des Dienstes binnen 2 Stunden aufgefordert werden. Ueberdies wird geplant, sämtliche Führer der am Streik beteiligten Verbände festzunehmen, um der weiteren Agitation den Boden zu entziehen.

Eine strafbare Krankmeldung.

Einer der energischsten Befürworter des Streikes, der Lokomotivführer Scharfschwert, der in Berlin jetzt eine leitende Persönlichkeit im Aktionsausschuß ist, soll wegen wissentlich falscher Angaben zur Verantwortung gezogen werden. Scharfschwert hatte vom Verkehrsminister die Anweisung erhalten, seine Stellung in der Reichsgewerkschaft aufzugeben und sich sofort bei seiner Dienststelle zu melden. Daraufhin teilte Scharfschwert mit, daß er krank sei, und seine Wohnung nicht verlassen könne. Ein Vertrauensarzt, der daraufhin wiederholt in der Wohnung war, stellte fest, daß sich Scharfschwert seit Tagen überhaupt nicht mehr in seinem Heime aufgehalten hatte. Aus diesem Grunde wird Scharfschwert sich in einem Disziplinarverfahren zu verantworten haben.

Wo ist die Streikleitung?

Berlin, 2. Februar. Wie uns versichert wird, ist der Regierung immer noch nicht bekannt, wo die Streikleitung sich befindet und welches die geplanten Maßnahmen sind, die die Weiterführung des Streikes begünstigen sollen. Die beschlagnahmten Streikgelder, die durch die Vermittlung der Banken in die Hände der Regierung gelangt sind, bedeuten allerdings für die Fortführung des Streikes ein starkes Hemmnis, doch ist damit zu rechnen, daß sich noch ausreichende Mittel in Händen der Streikenden befinden.

Verhaftung eines Funktionärs.

In Lehrte in Hannover ist ein Funktionär der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter, der zum Streik aufforderte, verhaftet worden. Ein Lokomotivführer in Hamburg, der sich weigerte, den fahrplanmäßigen Zug nach Berlin zu übernehmen, wurde seines Amtes enthoben. Auch gegen andere Beamte sind bereits Disziplinarverfahren mit dem Zwecke der Entlassung eingeleitet worden.

Aus Kreisen der Lokomotivführer

wird uns folgende Zuschrift zugesandt:

Der Streik der Eisenbahnbeamten, das größte innerpolitische Ereignis der an Ueberraschungen reichen Gegenwart ist Tatsache geworden. Die gesamte Presse, mit Ausnahme der kommunistischen, verurteilt den Streik. Als unverantwortlich, von gewissenloser Hetzerei inszeniert wird er hingestellt, und es wird besonders darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Beamtenschaft, insbesondere auch der in der Reichsgewerkschaft organisiert gewesenen, den Streik verwirft, ihrem nationalen Verantwortungsgefühl folgend.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Die Reichsgewerkschaft, die einzige politisch neutrale Organisation der Eisenbahnbeamten, entstanden im Sommer 1920, war wegen ihres politisch neutralen Charakters und außerdem wegen der Tatsachen, daß sie Beamtengruppen aller Besoldungsklassen umfaßte, obere, mittlere und untere, der Eisenbahnverwaltung in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber begreiflicher Weise ein sehr unbequemes Ding. Es lag auf der Hand, daß einer solchen machtvollen, weil politisch unabhängigen Organisation mit Gewalt nicht beizukommen war. Also mußte es versucht werden, nach dem uralten, tausendfach bewährten Rezept: „Teile und herrsche". Das hat auch hier nicht versagt. Die Besoldungsregelung vom vergangenen Herbst brachte den höheren Beamten Gehaltssätze, die zwar keineswegs eine übermäßige Bezahlung ihrer Leistungen darstellten, die aber immerhin genügten, die Not aus ihren Haushalten zu bannen. Den mittleren Beamten, die im Etat 1920 in die Besoldungsgrupen 6 bzw. 7 eingestuft waren, half man mittels des Nachtragsetats. Auf diese Weise gelangten sie binnen weniger Monate in die Besoldungsgruppen 7, 8 und 9. So hatte man auch diese Gruppen zufrieden gestellt und damit unschädlich gemacht. Der gefürchteten Reichsgewerkschaft war das Rückgrat gebrochen. Mit den unteren Gruppen bis Besoldungsgruppe 6 glaubte man nun fertig zu werden. Man überließ sie weiter der allergrößten Not.

Der Arbeitszeitgesetz-Entwurf, der sich ausschließlich gegen die unteren Beamten richtet, — für Beamte mit über 30 000 M. Einkommen soll das Gesetz keine Geltung haben — schlug dem Faß den Boden aus. Wird dieser Entwurf Gesetz, dann werden die Opfern des verlorenen Krieges, der für so manches „Ehrenmann" im deutschen Vaterlande zur Quelle schwersten Reichtums wurde, den Schultern auferlegt, die ohnehin unter der Not der Zeit zu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220203018/fragment/page=0001

sammenbrechen. Eine trostlose Verelendung, ja Versklavung der betroffenen Eisenbahnbeamten würde die Folge sein. Zur Begründung des Gesetzentwurfs verwies man auf den leichten Dienst der Schrankenwärter auf wenig befahrenen Strecken, auf die Fahrkartenausgeber kleinerer Bahnhöfe; verschwieg aber wohlweislich, daß mit diesem Ausnahmegesetz alle Betriebsbeamten in ihrer verantwortlichen Tätigkeit beglückt werden sollen. Insbesondere hat man diese Wohltat auch den Lokomotivbeamten zugedacht, die bekanntlich den schwersten Dienst im Eisenbahnbetrieb verrichten.

Nun wird wohl Manchem ein Licht aufgehen, nun wird man wohl auch verstehen, wie der Streikbeschluß der Reichsgewerkschaft mit 20 gegen 15 Stimmen zu Stande kam. Die 15 Gegenstimmen führen von den Beamten her, die durch die Besoldungsregelung bezw. durch den Nachtragsetat zufrieden gestellt sind. Die übrigen aber, die jede Aussicht auf eine Besserung ihrer hoffnungslosen Lage schwinden sahen, haben in verzweifelter Weise für den Streik gestimmt. Zu ihnen gehört u. a. auch das Lokomotiv- und Zugpersonal. Wer vermag wohl zu glauben, daß z. B. die Lokomotivbeamten, denen wir täglich und stündlich zahllose Menschenleben und unermeßliche Werte anvertrauen, diese Männer, denen Pflichttreue über alles geht, deren Leistungen so oft und von so manchem Chef der preußischen Staatsbahnverwaltung als mustergültig hingestellt wurden, und denen es in allererster Linie zu danken ist, daß heute die Züge genau so pünktlich und sicher fahren, wie in der Vorkriegszeit, daß diese deutschen Männer, jawohl echt deutschen Männer einen so folgenschweren Entschluß leichten Herzens faßten? daß sie unverantwortlichen Hetzern folgten?, wie ein Teil der Tagespresse berichtet. Die Tatsache allein, daß es sich um deutsche Lokomotivführer, darunter viele im Dienst ergraute Beamte handelt, sollte diese Männer vor solchem Vorwurf bewahren, das möge die Oeffentlichkeit sich gesagt sein lassen und die Regierung möge es beherzigen. Denn ist es auch jetzt noch möglich, den Schaden, den unser armes Volk durch die Kurzsichtigkeit der Regierung erleidet, nicht ins Gigantische wachsen zu lassen. Die Regierung allein hat es in der Hand.

Nicht schmähen sollte man diese deutschen Männer, sondern bedachten, dafür, daß sie, im Gegensatz zu so manchen Kreisen unseres Volkes, die keine Not leiden, ihre traurige Lage auf ehrlichem, männlichen Wege zu verbessern suchen.

Der Gott, der Eisen wachsen ließ.
Der wollte keine Knechte.

Deutsches Reich.

Waffensuche in Gleiwitz.

Die Eisenbahnwerkstätten in Gleiwitz wurden gestern von Besatzungstruppen nach Waffen durchsucht und das in Frage kommende Gelände abgesperrt. Ein Eisenbahner, der trotz Verbotes die Sperre durchschreiten wollte, wurde erschossen. Die Durchsuchung verlief ergebnislos.

Keine Petitionen an den Ortsklassenausschuß! Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: In den vertraulichen Verhandlungen des Ortsklassenausschusses wurden die Provinzen Ostpreußen, Pommern und die eigentliche Grenzmark erledigt. Zur Ausgleichung der entstandenen Unstimmigkeiten soll eine zweite Lesung durch die 8 ständigen Mitglieder des Ausschusses vorgenommen werden. Ein erneuter Petitionssturm an den Reichstag ist zwecklos, da die Mitglieder des Ausschusses nicht in der Lage sind, alle Eingänge durchzusehen und es wegen Arbeitsüberlastung auch vielfach ablehnen müssen, die in großer Zahl eintreffenden Deputationen zu empfangen.

Im Finanzausschuß des bayerischen Landtags erklärte bei der Beratung des Justizetats im Finanzausschuß des Landtages ein Regierungsvertreter, gegen den Direktor Roemer von der Pfälzischen Bank sei das Strafverfahren wegen Untreue und gegen zwei Mitdirektoren das Verfahren wegen Betruges eingeleitet. Ferner wurde von seiten der Regierung erklärt, daß die bayerische Regierung an der Todesstrafe festhalte. In der Strafsache wegen der Ermordung des Abgeordneten Gareis sei das Verfahren noch immer im Gange, ebenso wegen des Ueberfalles auf den Abgeordneten Auer. Der Justizverwaltung sei nichts von Machtfälschungen bei der Münchener Polizei bekannt, ebensowenig von Waffenschiebungen. Strafverfahren in dieser Richtung seien nicht anhängig. Ein unabhängiger Antrag auf sofortige Aufhebung der Volksgerichte wurde abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung in Saarbrücken nahm eine Entschließung an, in der ein vom Volke nach allgemeinem gleichen und direkten Wahlrecht gewähltes Saarparlament gefordert wird. Die Regierungskommission hat zwar in ihrem letzten Bericht versprochen, diesem langgehegten Wunsche aller politischen Parteien entgegenzukommen, doch sind bisher irgendwelche Ansätze zur Verwirklichung dieser Verheißung nicht zu spüren.

Der deutschnationale Redakteur Abel erklärt zu seinen Aufsehen erregenden Enthüllungen über die Verschwörungen des Sanitätsrats Krillinger und des Forstrats Escherich gegen die Verfassung und die Einheit des Reiches, daß deutschnationale Politiker die Richtigkeit der Tatsachen zugegeben und ihre Veröffentlichung auf alle Weise zu hintertreiben versucht haben. Besonderes Interesse verdient die Mitteilung Abels, daß ihm ein Reichstagsabgeordneter der Rechten erklärt habe, daß man in Bayern in diesem Frühjahr loschlagen wolle und daß er mit Herrn Helfferich verschiedentlich über das durch einen Vertrauensbruch in die Hände des Schriftleiters der „Deutschen Zeitung" gelangte sogen. Erzberger-Material telephonisch verhandelt habe.

Die neue Erhöhung der Tabaksteuern. Der Verbrauchsausschuß des Reichstages verabschiedete am Mittwoch das Tabaksteuergesetz. Für feingeschnittenen Rauchtabak beträgt nach dem Kleinverkaufspreise die Steuer beginnend bei 3 Mark steigend bis 120 Mark, gestaffelt 30 bis 50 Prozent des Preises. Bei einem Kleinverkaufspreise über 240 Mk. für das Kilogramm steigt die Steuer für je 20 Mark um 10 Mark. Für Zigaretten, die in Betrieben, die nach dem 1. Januar 1922 angemeldet sind, ist bis zum 1. Januar 1928 ein besonderer Zuschlag von 50 Prozent bei der Zigarettensteuer zu entrichten. Sodann wurde das Kraftfahrsteuergesetz ohne sehr wesentliche Aenderungen angenommen.

Die Entschädigungsfragen beim Branntweinmonopol. Im Branntweinmonopol des Reichstages wurde am Mittwoch gesetzlich festgestellt, daß die an die Angestellten gewährten Entschädigungen einkommensteuerfrei bleiben. Die zweite Lesung des Gesetzes wurde damit beendet, und eine Entschließung angenommen, daß die Vorschriften über die Entschädigung aus Billigkeitsrücksichten auf solche Betriebe auszudehnen sind, deren Inhaber aus den abgetretenen Gebieten abgewandert sind.

Die Schadenersatzansprüche der Vereinigten Staaten gegen Deutschland sollen durch einen Ausschuß geregelt werden, über den zwischen den beiden Staaten ein direkter Vertrag geschlossen werden soll. Das ist der gegebene Ausweg, nach dem Amerika dem Versailler Vertrag nicht beigetreten ist; er verspricht auch bessere Ergebnisse als die unvernünftigen Diktate, die die Entente bisher an Deutschland gerichtet hat.

Auslands-Rundschau.

Korell in der Tschecho-Slowakei. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Korell ist eingeladen worden, in der Tschecho-Slowakei Vorträge über das besetzte Gebiet zu halten und wird der Einladung Anfang Februar folgen. Korell ist bekanntlich einer der besten Kenner der Zustände im besetzten Gebiet und einer seiner warmherzigsten Fürsprecher.

Infolge der parlamentarischen Lage hat das italienische Kabinett beschlossen, zurückzutreten.

Ein Rundbefehlsschreiben an alle Staatskassen Sowjetrußlands besagt: Im Februar wird der Kurs des Vorkriegsrubels auf 150 000 Sowjetrubel festgesetzt.

Nach einem Telegramm aus Moskau ergaben die Wahlen für die russischen Sowjets folgendes Resultat: 496 Kommunisten, 46 Unabhängige und ein Menschewik.

Großbritannien wird gegenwärtig von einer schweren Epidemie von Maul- und Klauenseuche heimgesucht. Die Epidemie greift auch in Schottland um sich.

Der amerikanische Senat beschloß, die Schulden der Alliierten dahin zu konsolidieren, daß sie in Wertpapiere umgewandelt werden, die innerhalb einer Frist von 25 Jahren verfallen. Amerika beabsichtigt also nicht, seine Schuldner, die ihre Gläubigerrechte gegen die besiegten Staaten rücksichtslos geltend machen, aus ihren Verbindlichkeiten zu entlassen, jedenfalls solange nicht, als ein Teil von ihnen statt auch nur seine Zinsen zu zahlen überflüssig hohe Heere unterhält.

Kleiewucher.

Wucheranzeige des Landbund Provinz Sachsen gegen die Reichsgetreidestelle.

Im Auftrage des Provinzial-Landbundes erstattete der Justitiar des Landbundes, Rechtsanwalt Pabst in Halle beim Landespolizeiamt in Berlin folgende Anzeige:

„Die weitesten Kreise des Volkes, insbesondere der Landwirtschaft, sind aufs äußerste erregt über die Preispolitik der Reichsgetreidestelle. Ich bin beauftragt, gegen die maßgebenden Persönlichkeiten in der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle hiermit Strafanzeige wegen Wuchers und Preistreiberei zu stellen.

1. Die Reichsgetreidestelle vertreibt Kleie aus der Zeit der Zwangswirtschaft. Sie verlangt für diese Kleie für den Doppelzentner 320 Mark. Das Korn wurde seinerzeit der Zentner mit 65 Mark bezahlt. Die Reichsgetreidestelle kaufte die Kleie ab Mühle zu 37,50 Mark je 100 Kilo. Denselben Doppelzentner, den sie mit 37,50 Mark bezahlt hat, läßt sie sich jetzt mit 320 Mark ab Station bezahlen. Sie nimmt also fast 1000 Prozent für sich in Anspruch. Es ist zu beachten, daß die Ausmahlung während der Zwangswirtschaft 85 Prozent betrug, 5 Prozent sind auf Schwund zu rechnen, bleiben 10 Prozent Kleie. Daß diese bei diesen Verhältniszahlen völlig minderwertig, völlig undrauchbar ist, wird jeder Sachverständige ohne weiteres bekunden. Bei diesem Schund, den die Reichsgetreidestelle sich mit 320 Mark je Kilo bezahlen läßt, lehnt sie jede Garantie ab!!

2. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft beträgt der Umlagepreis für das zu liefernde Korn 105 Mark je Zentner. Die Kleie wurde von der Reichsgetreidestelle ursprünglich mit 150 Mark, jetzt seit 8 Tagen etwa mit 130 Mark angeboten. Es ist zu beachten, daß notorisch der Umlagepreis von 105 Mark die Unkosten nicht deckt. Von Anschaffung künstlichen Düngers kann dabei keine Rede sein. Die Reichsgetreidestelle verlangt also, daß der Landwirt mit 105 Mark abliefert, wobei er zusetzt, und verlangt dann von ihm daß er das Abfallprodukt von seinem eigenen Getreide zu Viehfutterzwecken wesentlich teurer zurückkauft.

Es kann rechtlich keinem Zweifel unterliegen, daß in dem Verhalten der Reichsgetreidestelle der Tatbestand des Wuchers zu erblicken ist. Die Gegenleistung steht außer allem Mißverhältnis zur Leistung. Die Reichsgetreidestelle nützt die Zwangslage des Landwirts aus. Ohne die nötige Kleie ist eine Hebung der Milchwirtschaft und der Schweinemast ausgeschlossen. Der Landwirt ist auf die Kleie der Reichsgetreidestelle mit angewiesen.

Ich erlaubte mir schon im Eingang zu erwähnen, daß eine große Erregung namentlich durch landwirtschaftliche Kreise geht. Mit Recht wird von Wucherpreisen geredet. Rechtlich liegt ein krasser Fall des Wuchers vor. Des weiteren kommt für das Gebaren der Reichsgetreidestelle die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 mit Nachträgen in Betracht. Es wird mit Rücksicht auf die außerordentliche Tragweite der Sache um schleunigstes Eingreifen gebeten. Eine Verzögerung würde direkt eine Gefährdung der landwirtschaftlichen Erzeugung bedeuten. Der Landwirt ist weder gewillt, noch in der Lage, solche Wucherpreise zu bezahlen. Ohne Kleie aber ist eine Hebung der Milchwirtschaft und der Mastviehzucht ausgeschlossen.

Ich verweise auch noch auf Artikel 152 der Reichsverfassung. Mit Recht macht der Kommentar von Anschütz zur Reichsverfassung darauf aufmerksam, daß die beiden Sätze des Absatzes 2 des Artikels 152 Gesetze im Sinne des Absatzes 1 seien. Sie enthalten Schranken, die der Vertragsfreiheit auch bisher schon gesetzt waren. Satz 2 gibt eine bekannte Vorschrift des bürgerlichen Rechts, BGB. Paragraph 138 Abs. 1, unverändert wieder. Satz 1 hat eine über die geltenden Straf- und zivilrechtlichen Bestimmungen gegen den Wucher hinausreichende Bedeutung. Er bindet den Richter nicht an den durch jene Bestimmungen festgelegten Begriff des Wuchers, gestattet ihm vielmehr, gehandelten sittlichen Anschauungen folgend, den Begriff des Wuchers weiter zu fassen und demgemäß Rechtsgeschäfte für verboten und (BGB. Paragraph 134!) nichtig zu erklären, die von jenen Bestimmungen nicht erfaßt werden.

Namens des Landbundes der Provinz Sachsen erstatte ich also hiermit Strafanzeige gegen die Reichsgetreidestelle bzw. deren verantwortlichen Organe wegen Wucher und Preistreiberei.

Pabst,
Rechtsanwalt und Notar, Justitiar des Landbundes Provinz Sachsen.

Die Kündigung des Steuerblocks.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Wie schon kurz mitgeteilt, hat am Mittwoch mittag der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Becker-Hessen in aller Form und ganz offiziell der demokratischen Reichstagsfraktion die Mitteilung überbracht, daß die Besetzung des Auswärtigen Amtes durch Dr. Rathenau als ein beabsichtigter Vorstoß des Reichskanzlers gegen die von der volksparteilichen Fraktion aufgestellten Voraussetzungen für die Zustimmung zum Steuerkompromiß angesehen werden und daß sich infolgedessen bei der bevorstehenden endgültigen Verabschiedung des Steuerkompromisses die Deutsche Volkspartei wiederum volle Handlungsfreiheit vorbehalte. Form und Inhalt dieser Mitteilung des volksparteilichen Führers ließen keinen Zweifel an der Auffündigung des Steuerkompromisses durch seine Fraktion.

Der Schritt wurde nicht mit Bedenken gegen die Persönlichkeit des neuen Außenministers Dr. Rathenau begründet, vielmehr einzig und allein mit der Nichtachtung, die der Reichskanzler der volksparteilichen Fraktion dadurch bezeugt habe, daß er entgegen wiederholt abgegebenen Erklärungen des Abg. Dr. Becker-Hessen die Aenderungen im Kabinett nicht „im organischen Zusammenhang mit den von der Fraktion geforderten sachlichen und persönlichen Garantien für eine Gesundung der Reichsfinanzen" vorgenommen habe. Eine solche Nichtberücksichtigung der Wünsche einer großen Fraktion durch den leitenden Staatsmann widerspreche allen parlamentarischen Gepflogenheiten und könne nicht ohne Folgen bleiben. Da der Reichskanzler noch ganz kurz vor der Ernennung Dr. Rathenaus auf solche Folgen aufmerksam gemacht worden sei, empfinde die volksparteiliche Fraktion die ihr widerfahrende Kränkung doppelt bitter. Sie könne in der vorzeitigen Besetzung eines einzelnen Ministerpostens nur einen beabsichtigten Vorstoß des Reichskanzlers gegen die Großblockbildung der Mitte erkennen und sei daher genötigt, sich in aller Form vom Steuerkompromiß wieder zurückzuziehen. Auf die Frage, ob das auch bereits eine Zurückziehung aller volksparteilichen Zugeständnisse bei den einzelnen Steuergesetzen bedeute, wurde erwidert, daß bei der Verabschiedung dieser Gesetze hauptsächlich das vereinbarte Mantelgesetz und die Zwangsanleihe entscheidend sein würden, und daß mindestens bei diesen beiden Fragen die Volkspartei sich nicht mehr an frühere Abmachungen gebunden erachtet.

Der Schritt der Deutschen Volkspartei ist so eigenartig, daß er weit über die Kreise der eigenen Partei hinaus das größte Aufsehen hervorrufen dürfte. Selbst wenn man zugibt, daß der Reichskanzler nicht gut beraten war, wenn er durch sein äußerliches Vorgehen den mühsam gewonnenen und offenbar noch nicht von allem Mißtrauen freien Bundesgenossen trotz mehrfacher Warnungen vor den Kopf stieß, so bleibt doch auf der anderen Seite ebenso verwunderlich, daß eine große Partei, die ihre vaterländische Gesinnung besonders hervorzuheben pflegt, in der gegenwärtigen hochkritischen Zeit um rein taktischer Fragen willen ihre notwendige Mitarbeit an der Gesundung der Reichsfinanzen und am Wiederaufbau des Vaterlandes verweigert. Daß die volksparteiliche Reichstagsfraktion ihre einmal als richtig erkannte sachliche Politik nach wenigen Tagen lediglich aus gekränktem Gefühl heraus wieder desavouieren sollte, werden selbst ihre Anhänger im Lande nicht verstehen. Dabei hat der Reichskanzler für sein allerdings wenig geschicktes Vorgehen noch den guten sachlichen Grund ins Feld zu führen, daß die Vorbereitung der Teilnahme Deutschlands an der Konferenz in Genua die alsbaldige Ernennung eines verantwortlichen deutschen Außenministers dringend heische. Daß dieser Außenminister unter den gegebenen Verhältnissen kein anderer als Dr. Rathenau sein konnte, darüber war selbst in der Fraktion der Deutschen Volkspartei in den letzten Tagen kein Zweifel mehr.

Man kann nach alledem nur annehmen, daß der Beschluß der volksparteilichen Fraktion in der ersten Verärgerung gefaßt worden ist und unter dem Druck der auswärtigen Lage eine baldige Korrektur erfährt. Wenn es je eine Zeit gab, in der Verstimmungen hintersachlichen Notwendigkeiten zurücktreten mußten, dann ist es wahrhaftig die gegenwärtige. Die Reichsregierung hat soeben ihre Vorschläge für die deutschen Reparationsleistungen überreicht. Zur Durchführung dieser Vorschläge ist die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei unerläßlich. Wird diese Mitarbeit jetzt verweigert so schweben die deutschen Vorschläge in der Luft und die Regierung kann sich in Genua nicht sehen lassen. Will die Deutsche Volkspartei diese Verantwortung auf sich nehmen?

Radeks westeuropäische Reise und Politik.

Während man sich immer noch den Kopf zerbricht, ob Lenin oder Trotzky oder beide nach Genua gehen, ist ein dritter Russe schon unterwegs, um die Rußlandpropaganda auf andere, vielleicht praktischere und fruchtbarere Weise zu treiben der von unserer Linkspresse so vergötterte und bei uns lange hinter Schloß und Riegel gehaltene Karl Radek.

Wenn wir einem amerikanischen Blatte Glauben schenken dürfen, ist die Umbildung in Rußland nicht bloß in ökonomischer Hinsicht, sondern auch in politischer fertig. Radek will Anschluß an Frankreich. Frankreich sei augenblicklich ganz isoliert; seine Bundesgenossen seien bedeutungslos, nicht einmal zuverlässig. Selbstverständlich müsse Rußland in wirtschaftlicher Beziehung an Deutschland herantreten, aber weiter gehe diese Liebe nicht. Das Gleiche nicht Europas erfordere geradezu eine russisch-französische Verständigung. Was dann noch weiter von dieser Unterredung mit dem Amerikaner erzählt wird, daß Rußland den Versailler Frieden anerkennen wolle, und daß damit Deutschland an Rußland Reparationen zahlen müsse, die Rußland dann wieder an Frankreich abtragen wolle, gehört wohl ins Fabelreich, da es jedenfalls bis jetzt nicht die Ansicht der russischen Regierung war. Es mag also bloßes Lockmittel Radeks sein, um Frankreich günstig für Rußland in Genua zu stimmen; außerdem ist Radek immer reichlich geschwätzig gewesen.

Jedenfalls ist das Ganze ein deutlicher Hinweis für uns, überall und immer nur an wirtschaftliche Beziehungen zu denken.

Frankreich kommt nach Genua.

Die französische Regierung hat dem italienischen Ministerpräsidenten offiziell mitgeteilt sie nehme die Einladung zur Konferenz von Genua an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220203018/fragment/page=0002